S 5 SB 1656/19

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Baden-Württemberg

Sozialgericht Landessozialgericht Baden-Württemberg

Sachgebiet Schwerbehindertenrecht

Abteilung 12. Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 5 SB 1656/19 Datum 19.04.2021

2. Instanz

Aktenzeichen L 12 SB 1774/21 Datum 28.03.2022

3. Instanz

Datum -

Die Berufung der KlĤgerin gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Heilbronn vom 19.04.2021 wird zurļckgewiesen.

Auà ergerichtliche Kosten sind auch für das Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

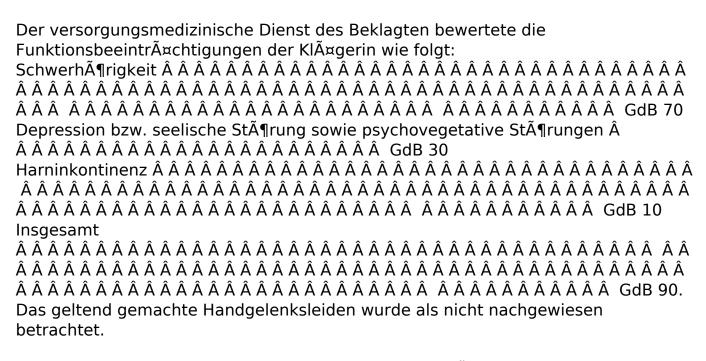
Tatbestand

Die KlĤgerin begehrt die Feststellung eines Grades der Behinderung (GdB) von 100.

Am 21.02.2018 stellte die 1957 geborene Klägerin bei dem Beklagten einen Erstantrag auf die Feststellung eines GdB. Sie leide an einer beidseitigen Schwerhörigkeit mit Ohrgeräuschen, einer Funktionsstörung im Handgelenk, einer psychischen Störung und einer Urininkontinenz.

Der Beklagte zog Befundberichte der behandelnden Ã□rzte bei. Der P berichtete mit Schreiben vom 17.04.2018 über eine hochgradige Innenohrschwerhörigkeit beidseits und legte ein Tonaudiogramm vom 24.10.2017 vor. Die K gab mit

Schreiben vom 03.08.2018 an, die Klägerin habe sich wiederholt mit einer depressiven Symptomatik oder einer psychovegetativen Belastungsreaktion vorgestellt, wobei eine medikamentöse Behandlung empfohlen werde. Sie habe über eine Vergewaltigung berichtet und angegeben, unter starken Ã☐ngsten zu leiden. Weiter habe die Klägerin eine Beckenbodenschwäche angegeben. Ã☐ber eine Funktionsbeeinträchtigung der Handgelenke lägen keine Befunde vor.



Mit Bescheid vom 17.09.2018 stellte der Beklagte gestützt auf die versorgungsmedizinische Stellungnahme bei der Klägerin einen GdB von 90 seit 21.02.2018 und das Merkzeichen RF fest.

Den hiergegen erhobenen Widerspruch wies der Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 01.04.2019 zurĽck.

Am 29.04.2019 hat die KlĤgerin Klage beim Sozialgericht Heilbronn (SG) erhoben. Sie leide an einer Depression und einer posttraumatischen BelastungsstĶrung. Sie sei nicht in der Lage, sich in therapeutische Behandlung zu begeben. Wegen der schweren Depression habe sie im Jahre 2010 ihre TĤtigkeit als Buchhalterin aufgeben mù⁄₄ssen. Bereits kleinste Schwierigkeiten des Alltags, wie etwa die Korrespondenz mit ihrer Prozessbevollmächtigten, wù⁄₄rden sie aus der Bahn werfen. Die Klägerin reagiere oft wochen- oder monatelang nicht auf Schreiben oder Anrufe. Auch die Schwerhörigkeit und die Inkontinenz seien höher zu bewerten.

Die KlĤgerin hat ein weiteres Ton- und Sprachaudiogramm vom 10.07.2019 vorgelegt. Das SG hat die R als sachverstĤndige Zeugin befragt. Diese hat mit Schreiben vom 27.10.2020 mitgeteilt, bei der KlĤgerin liege ein Knorpelschaden hinter der linken Kniescheibe bei einer Streckung/Beugung von 0/0/140Ű, ein SpreizfuÄ□ beidseits mit Metatarsalgie, eine Interphalangealgelenksarthrose des rechten Kleinfingers und eine TeillĤsion des ulnaren Daumennervs links vor. AuÄ□erdem bestehe der ein Zustand nach einer distalen Unterschenkelfraktur links.

Die Beugebelastung des linken Knies sei schmerzhaft eingeschränkt. Es bestünden Belastungsschmerzen im VorfuÃ□ballen beim BarfuÃ□laufen und im Kleinfingerendgelenk rechts.

Mit Gerichtsbescheid vom 19.04.2021 hat das SG die Klage abgewiesen. Die SchwerhĶrigkeit sei mit einem Einzel-GdB von 70 zutreffend bewertet. Auch der Einzel-GdB von 30 fýr die psychischen BeeintrĤchtigungen sei zutreffend angenommen. Zwar stehe die fehlende Therapie der Annahme einer stĤrker behindernden StĶrung nicht entgegen und habe die KlĤgerin gewisse Schwierigkeiten, ihren Alltag zu organisieren, jedoch sei sie auch noch berufstĤtig und in der Lage, die Grundanforderungen des tĤglichen Lebens zu meistern.

Gegen den ihren BevollmĤchtigten am 22.042021 zugestellten Gerichtsbescheid wendet sich die KlĤgerin mit ihrer am 21.05.2021 beim Landessozialgericht (LSG) Baden-Württemberg eingelegten Berufung. Sie habe zwar jahrelang einen Marktstand gehabt, könne diese Tätigkeit jedoch nicht mehr ausþben. Auch sei eine deutliche Verschlechterung ihres psychischen Gesundheitszustandes durch die massiven Stalking-Attacken ihres ehemaligen Lebensgefährten eingetreten, der sie auch vergewaltigt habe. Ohne die Unterstützung ihrer Mutter, bei der sie lebe, sei sie nicht in der Lage, ihren Alltag zu strukturieren. Auch das Mandatsverhältnis sei dadurch geprägt, dass es die Klägerin eigentlich überhaupt nicht schaffe, auf Anfragen der Bevollmächtigten zu antworten. Hierfür sei mindestens ein Einzelgrad der Behinderung von 40 angezeigt. Auch im orthopädischen Bereich seien die Beschwerden der Klägerin nicht ausreichend berücksichtigt worden, wie R ausgeführt habe.

Die KlĤgerin beantragt,

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Heilbronn vom 19.04.2021 aufzuheben und den Beklagten unter AbĤnderung des Bescheides vom 17.09.2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 01.04.2019 zu verurteilen, bei ihr einen Grad der Behinderung von 100 seit 21.02.2018 festzustellen.

Der Beklagte beantragt,

die Berufung zurļckzuweisen.

Der Beklagte hĤlt die angefochtene Entscheidung fĽr zutreffend. Der Gesamt-GdB sei mit 90 bereits maximal bemessen.

Ein geplanter Termin zur ErĶrterung des Sachverhaltes wurde auf Wunsch der KlĤgerin aufgehoben, da sie andernfalls ihrer TĤtigkeit als VerkĤuferin auf dem Wochenmarkt nicht nachgehen kĶnne.

Die Beteiligten sind mit Schreiben vom 21.02.2022 darauf hingewiesen worden, dass der Senat nach $\frac{\hat{A}\S 153 \text{ Abs. 5}}{153 \text{ Abs. 5}}$ Sozialgerichtsgesetz (SGG) die Berufung durch Beschluss auf die Berichterstatterin $\tilde{A}^{1}/_{4}$ bertragen kann, die dann zusammen mit den ehrenamtlichen Richtern entscheidet. Diese Verfahrensweise sei auf Grund des

derzeitigen Sach- und Streitstandes beabsichtigt. Den Beteiligten ist Gelegenheit eingerĤumt worden, Stellung zu nehmen. Die Beteiligten haben keine EinwĤnde erhoben.

Mit Beschluss des Senats vom 18.03.2022 ist die Berufung nach $\frac{\hat{A}\S 153 \text{ Abs. 5 SGG}}{\text{der Berichterstatterin }}$ \tilde{A}^{1} /
bertragen worden.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhaltes und des Vorbringens der Beteiligten wird auf die Gerichtsakten beider Instanzen sowie die vom Beklagten vorgelegte Verwaltungsakte verwiesen.

EntscheidungsgrÃ¹/₄nde

Die gemÃxÃ $\$ §Â§ 143 und 144 SGG statthafte und nach § 151 Abs. 1 SGG formund fristgerechte und auch im Ã $\$ Drigen zulÃxssige Berufung der KlÃxgerin gegen den Gerichtsbescheid des SG vom 19.04.2021, Ãx4ber die nach Ã $\$ Dertragung durch den Senat gemÃxÃ $\$ §Â 153 Abs. 5 SGG die Berichterstatterin zusammen mit den ehrenamtlichen Richtern zur Entscheidung berufen war, ist unbegrÃx4ndet.

StreitgegenstĤndlich ist vorliegend der Gerichtsbescheid des SG vom 19.04.2021, mit dem die Klage der KlĤgerin, gerichtet auf die Zuerkennung eines GdB von 100 unter AbĤnderung des dies ablehnenden Bescheides vom 17.09.2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 01.04.2019, abgewiesen worden ist.

Das SG hat die rechtlichen Voraussetzungen f \tilde{A}^{1}_{4} r die Feststellung eines (h \tilde{A} ¶heren) GdB zutreffend dargelegt und mit gleichfalls zutreffender Begr \tilde{A}^{1}_{4} ndung das Vorliegen eines h \tilde{A} ¶heren GdB als 90 verneint, insb. hat das SG auch die seitens R abgegebene Zeugenaussage zutreffend bewertet. Der Senat sieht, auch da keine neuen medizinischen Tatsachen vorgetragen wurden, insoweit von einer weiteren Darstellung der Entscheidungsgr \tilde{A}^{1}_{4} nde ab und weist die Berufung aus den Gr \tilde{A}^{1}_{4} nden der angefochtenen Entscheidung als unbegr \tilde{A}^{1}_{4} ndet zur \tilde{A}^{1}_{4} ck (\tilde{A} § 153 Abs. 2 SGG).

Das Vorbringen der Klä¤gerin im Berufungsverfahren rechtfertigt keine abweichende Beurteilung. Lediglich ergä¤nzend ist darauf hinzuweisen, dass die Bewertung der Beeinträ¤chtigungen im Bereich Nervensystem und Psyche mit einem Einzel-GdB von 30 zutreffend erfolgt ist. Ein hä¶herer Einzel-GdB kommt keinesfalls in Betracht. Die Bewertung richtet sich, wie auch das SG dargelegt hat, nach den Versorgungsmedizinischen Grundsä¤tzen (VG), Teil B, Nr. 3.7. Danach sind leichtere psychovegetative oder psychische Stä¶rungen mit einem Einzel-GdB von 0 bis 20, stä¤rker behindernde Stä¶rungen mit wesentlicher Einschrä¤nkung der Erlebnis- und Gestaltungsfä¤higkeit (z. B. ausgeprä¤gtere depressive, hypochondrische, asthenische oder phobische Stä¶rungen, Entwicklungen mit Krankheitswert, somatoforme Stä¶rungen) mit einem Einzel-GdB von 30 bis 40, schwere Stä¶rungen (z. B. schwere Zwangskrankheit) mit mittelgradigen sozialen Anpassungsschwierigkeiten mit einem Einzel-GdB von 50 bis 70 und mit schweren sozialen Anpassungsschwierigkeiten mit einem Einzel-GdB von 80 bis 100 zu bewerten. Dabei ordnet der Senat, wie auch das SG, der Beklagte und die

BevollmÄxchtigte der KlÄxgerin die psychischen BeeintrÄxchtigungen als stÄxrker behindernde StĶrungen mit wesentlicher EinschrĤnkung der Erlebnis- und GestaltungsfĤhigkeit ein, die mit einem Einzel-GdB von 30 bis 40 zu bewerten sind. Jedoch ist nach Auffassung des Senats der vorgegebene Rahmen nicht voll auszuschĶpfen, da die KlĤgerin zwar nach ihrem Vortrag, unter einer Depression sowie nach einer Vergewaltigung an Silvester 2015 an einem posttraumatischen Belastungssyndrom leidet. In psychiatrischer Behandlung befindet sie sich jedoch nicht. Auch die seitens der HausÄxrztin angeratene medikamentĶse Therapie findet nicht statt, so dass der Senat insgesamt den Leidensdruck als eher gering einschÄxtzt. Der Senat vermag nicht zu erkennen, dass eine adÄxquate Behandlung krankheitsbedingt nicht durchgefļhrt werden kann, da gerade die Schwere der Erkrankung die Klägerin an der Aufnahme einer adägguaten Therapie hindern würde. Die Klägerin konnte sich ihrer Hausärztin und ihrer Bevollmächtigten qeqenüber auch im Hinblick auf die Depression und die Vergewaltigung öffnen und hatte auch keine Probleme, seit 2012 insgesamt 25 Mal ihre OrthopĤdin aufzusuchen. Selbst wenn jedoch unterstellt wýrde, dass eine Behandlung krankheitsbedingt nicht erfolgen konnte, kommt ein hA¶herer Einzel-GdB als 30 nicht Betracht, da die der Erlebnis- und GestaltungsfÄxhigkeit nicht soweit eingeschrĤnkt ist. Zwar hat die KlĤgerin, wie das SG ausgefļhrt hat, gewisse Probleme, ihren Alltag zu meistern. Andererseits ist sie jedoch nach ihrem eigenen Vortrag noch in der Lage, als Verkäuferin auf dem Wochenmarkt tätig zu sein, einer TÄxtigkeit also, die neben erheblicher Kommunikation auch organisatorische Fähigkeiten sowie die Fähigkeit, zu rechnen, erfordert. Auch war die Klägerin selbst in der Lage, vor dem geplanten ErĶrterungstermin beim LSG Baden-Württemberg anzurufen, den Sachverhalt zu schildern und um Terminsverlegung zu bitten.

Nach alledem bildet die Bewertung mit einem Gesamt-GdB von 90 das AusmaÄ der bei der KlĤgerin vorliegenden FunktionsbeeintrĤchtigungen angemessen ab. Die Voraussetzungen fļr einen hĶheren GdB liegen nicht vor. Der Gerichtsbescheid des SG ist nicht zu beanstanden.

Ob die Klägerin, der ein Gesamt-GdB von 90 zuerkannt wurde, durch das â∏soziale Netz des Sozialstaatsâ∏ gefallen ist, ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens und hieran vermag auch ein Gesamt-GdB von 100 statt 90 nichts zu ändern.

Die Entscheidung $\tilde{A}^{1/4}$ ber die Kosten beruht auf \hat{A} § 193 SGG.

Gründe für eine Zulassung der Revision liegen nicht vor.

Erstellt am: 13.07.2023

Zuletzt verändert am: 23.12.2024